

Der sächsische Erzähler,

W o c h e n b l a t t

für

Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt des Königlichen Gerichtsamtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwochs und Sonnabends, und kostet vierteljährlich 12½ Rgr. Inserate werden nur bis Dienstag und Freitag früh 8 Uhr angenommen.

N^o 33.

Mittwoch, den 25. April.

1866.

Bundschau.

Die große Angelegenheit, welche in letzter Woche alle Gemüther beschäftigte, die in unzähligen Volksversammlungen discutirt, in allen Leitartikeln der Zeitungen besprochen wurde: der Bismarck'sche Parlaments-Antrag ist in der Bundestags-Sitzung vom Sonnabend um einen Schritt weiter gerückt. Es handelt sich vor der Hand nur um die geschäftliche Behandlungsart dieses Antrages und die Fragen, die hierbei zu berücksichtigen, sind gar mancherlei; in erster Linie ist der Antrag zu erwähnen, daß, ehe über den Parlaments-Antrag selbst verhandelt wird, die beiden Großmächte abrücken. Preußen hatte beantragt, daß sein Antrag durch einen besonders hierzu zu erwählenden Ausschuss behandelt werde und der Bundestag stimmte in dieser Vorfrage für Preußen mit 14 gegen 3 Stimmen, welche letztere auf unser Land und die Herzogthümer Nassau und Braunschweig fielen, während sich Luxemburg der Abstimmung enthielt. Die Minorität hatte sich dafür in erster Linie ausgesprochen, daß der Antrag dem schon bestehenden politischen Ausschusse überwiesen werde, sie schlossen sich aber nachher, da diese Frage nicht gerade von principieller Wichtigkeit ist, der Majorität an. Die Wahl des Ausschusses wird in nächster Sitzung erfolgen. Bei dieser Gelegenheit gaben mehrere Regierungen bedeutende Erklärungen ab, die sächsische Regierung verwahrte sich gegen die Unterstellung, welche im preussischen Antrage wegen Einberufung ein Parlaments enthalten war, als ob das Bundes-Contingent, zu dem wir bekanntlich 6000 Mann nach Holstein geschickt hatten, bei dem dänischen Kriege nicht seine Schuldigkeit gethan habe. Preußen möchte diesen Vorwurf beweisen, ebenso die Behauptung, daß die Bundesgesetze zur Abwendung der Kriegsgefahr im Innern Deutschlands nicht ausreichten und daß alle militärischen Maßregeln durch die Langsamkeit des Bundes und seine Schwerfälligkeit vereitelt würden. Mit seiner Fronte sagt Sachsen, daß, als es galt die Bundesstruppen aus Holstein herauszutreiben, der Bund alle mögliche Geschwindigkeit aufgeboden

habe — also was hier gegangen, könnte auch ein anderes Mal gehen. Im übrigen spricht Sachsen seine wiederholte Bereitwilligkeit aus, seine besten Kräfte an eine Reform des Bundes zu setzen, es dürfte aber hier der gewöhnliche Geschäftsgang nicht ausreichen, sonst würde die ganze Reform-Frage in einer Weise verschleppt und ausgedehnt, die im Interesse der Reform nicht zu wünschen sei. Practisch würde eine Verständigung unter den Regierungen sein und um diese herbeizuführen, erwarte man Anträge Seiten des Ausschusses. — Inzwischen haben bereits mehrere Regierungen den Anfang gemacht, sich über eine gemeinsame Haltung zu verständigen. In Augsburg, dort, wo westlich die Eisenbahn nach den kernhaften Schwabenländern, südlich nach der Hauptstadt des größten deutschen Mittelstaates, nördlich nach Franken, Sachsen, Thüringen und dem gesammten Norden Deutschlands führt, kamen am Sonnabende die Minister zusammen, von mehreren deutschen Staaten gesendet. Baiern, vertreten von Hrn. v. d. Pfordten, welcher zugleich den württembergischen Minister v. Barnbühler mitbrachte, Sachsen, durch unsern Staatsminister v. Deust, sind bereits einig über die Haltung, die sie sowohl gegenüber dem Parlaments-Antrage, als in dem Conflict zwischen den Großmächten einzunehmen haben. Auch Baden soll hiermit einverstanden sein; ob und welche Staaten vertreten sind und welcher Ansicht sie huldigen, ist zur Zeit noch nicht bekannt, hoffentlich aber geht aus dieser Conferenz etwas Gedehliches hervor. Die beiden Staaten Kurhessen und Hannover, welche sich in der Bundestags-Sitzung erklärten, daß doch der Friede erhalten bleiben möge, wurden erwartet, ob sie sich an der Conferenz betheiligen werden, ist freilich ungewiß. Wir lassen uns in der guten Meinung von dem Nutzen derselben nicht irre machen, wenn wir die Erfolge sehen, welche die deutschen Staaten bis jetzt schon vereinzelt errangen, denn ihrem Dazwischentreten und ihrer Berufung auf Artikel 11 der Bundesgrundgesetze ist es zu verdanken, daß der Krieg bis jetzt noch nicht ausgebrochen ist. Sollten sie, wenn sie nunmehr gemeinsame Position nehmen, etwa weniger Erfolge erringen? Sie dürfen sich freilich nicht von so

Einundzwanzigster Jahrgang.